

Frauenbüro



Landeshauptstadt
Mainz

Der Ausschuss für Frauenfragen des Mainzer Stadtrates seit 1994

Entstehung und Entwicklung
Eine Übersicht

Inhalt

	<i>Seite</i>
Kleine Geschichte des Frauenausschusses.....	5
Antrag und Beschlussfassung im Wortlaut.....	6
Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 23. Juni 1993.....	6
Der erste Ausschuss für Frauenfragen.....	8
Die konstituierende Sitzung.....	9
Die weitere Arbeit 1994.....	9
Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 1994 bis 1999.....	10
Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1994 bis 1999.....	10
Zur Rolle der beratenden Mitglieder.....	11
Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 1999 bis 2004.....	12
Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1999 bis 2004.....	12
Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 2004 bis 2009.....	14
Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 2004 bis 2009.....	14
Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 2009 bis 2014.....	16
Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 2009 bis 2014.....	17
Der neu gebildete Ausschuss in der Wahlperiode 2014 bis 2019....	18

Kleine Geschichte des Ausschusses für Frauenfragen

Am 23. Juni 1993 beschloss der Mainzer Stadtrat die Bildung eines Ausschusses für Frauenfragen. Die Idee, einen eigenen Stadtratsausschuss für alle frauenrelevanten Angelegenheiten einzurichten, war zu diesem Zeitpunkt nicht neu. Sie stammte bereits aus dem Jahr 1988. Damals beriet der Ältestenrat die Frage der Neubildung von Ausschüssen - und eben auch die Frage der Neubildung eines Fachausschusses für Frauenfragen.

Am 6. Dezember 1988 befasste sich dann der Hauptausschuss sehr intensiv mit Form und Inhalten eines solchen neuen Stadtratsgremiums. Die Meinungen in den Fraktionen - nicht nur im Hauptausschuss - waren geteilt: die einen plädierten für einen Unterausschuss des Hauptausschusses, die anderen für ein eigenständiges Gremium. Die einen plädierten für den Oberbürgermeister als Vorsitzenden, andere wiederum wollten den Vorsitz der damals amtierenden Dezernentin übertragen. Die einen sprachen sich für ein reines Frauengremium aus, die anderen wollten bewusst auch Männer zu Mitgliedern des Ausschusses wählen.

Auch die möglichen Themen des neuen Ausschusses wurden breit erörtert: Hier reichte die Bandbreite an Meinungen von einer Allzuständigkeit (im Verwaltungsjargon »Superausschuss« genannt) für alle städtischen Angelegenheiten bis zu einer Beschränkung auf so genannte reine Frauenthemen. Alle diese Fragen wurden bis zur Bildung des Ausschusses nicht abschließend beraten und entschieden. Auch die Rolle des Frauenbüros im Ausschuss und für den Ausschuss wurde kontrovers debattiert.

Das Frauenbüro selbst sprach sich von Anfang an für einen Frauenausschuss aus, wollte die Übernahme der Geschäftsführung aber von einer personellen Aufstockung abhängig machen.

Einig waren sich alle Fraktionen, nicht nur die üblichen elf StadtratsvertreterInnen in den Ausschuss zu entsenden, sondern auch den Sachverstand der Fachfrauen aus Projekten, Verbänden und Organisationen einzubeziehen. Als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht sollten sie zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beitragen.

Die Diskussion um einen Frauenausschuss war damit aber noch lange nicht beendet. Die Verwaltung wurde beauftragt, umfangreiche Recherchen über die Arbeit von Frauenausschüssen in anderen Städten durchzuführen und eigene Vorschläge zur inhaltlichen und formalen Ausgestaltung eines Ausschusses zu erarbeiten.

Am 4. Juni 1991 befasste sich der Ältestenrat erneut mit der Bildung eines Ausschusses für Frauenfragen. Der Stadtvorstand kam im gleichen Jahr wegen der zu erwartenden finanziellen und personellen Mehrbelastung zu einer ablehnenden Haltung. Als Alternative zu einem Ausschuss sollte nach dem Willen des Stadtvorstandes eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

Zwei Jahre später aber stand die Bildung eines Frauenausschusses wieder auf der politischen Tagesordnung. Am 23. Juni 1993 lag dem Stadtrat ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN vor. Bei zehn Gegenstimmen wurde dieser Antrag mehrheitlich angenommen - und damit war die Einrichtung des Ausschusses beschlossene Sache.

Antrag und Beschlussfassung im Wortlaut

Frauenausschuß

Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, unverzüglich einen „Ausschuß für Frauenfragen“ einzurichten.

Der Ausschuß soll

- aus 11 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen
- mit Frauen und Männern besetzt werden können
- Vertreterinnen maßgeblicher Mainzer Frauenverbände und -organisationen als beratende Mitglieder kooptieren und Querschnittsfunktion haben.

Die inhaltliche Geschäftsführung soll dem Frauenbüro obliegen und in Abstimmung mit dem/der Ausschußvorsitzenden erfolgen. Dem Ausschuß schließt sich bei Bedarf aus dem Publikum eine Fragestunde an.

Die Begründung erfolgt mündlich

Marie-Luise Bonn
SPD-Fraktion

Ansgar Helm-Becker
Fraktion DIE GRÜNEN

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 23. Juni 1993

Punkt 6 Antrag Nr. 31/1993 der SPD und GRÜNEN betr. Frauenausschuß

Frau Blum-Kipphan spricht zunächst über Initiativen in anderen Gemeinden und auf anderen Ebenen, Frauenausschüsse zu bilden. Auf die im Antrag aufgelisteten Punkte eingehend, begründet sie die Zusammensetzung mit Frauen und Männern und spricht über die Querschnittsfunktion des Ausschusses, der - analog dem Frauenbüro - dem Oberbürgermeister und dem Hauptamt zugeordnet werden sollte. Frauenrelevante Forderungen würden selten in den Mittelpunkt von Überlegungen gestellt und das sollte sich durch den Frauenausschuß ändern. Falls unterschiedliche Meinungen entstehen, so sollte wie bei den anderen Ausschüssen verfahren werden. Die inhaltliche Geschäftsführung sollte das Frauenbüro übernehmen. Man erwarte aber, dass die organisatorisch-technische Vorarbeit das Hauptamt leiste. Zum Vorsitz habe sie die Vorstellung, dass der Oberbürgermeister dies übernehmen könne oder aber Frau Dr. Thews, die einziges weibliches Mitglied im Stadtvorstand ist und der sie persönlich den Vorzug geben würde. An die anderen Fraktionen appelliert Frau Blum-Kipphan abschließend, Ratsmitglieder in diesen Ausschuß zu benennen, die die Sache der Frauen voranbringen.

In der Vergangenheit sei es sehr schwierig gewesen, Frauenfragen zu diskutieren, stellt Frau v. Büren-Rieder fest. Sie erinnert an die Kommunalwahl 1989, bei der Mainz einen Anteil von 43% Frauen im Stadtrat hatte und damit sehr viel hätte bewegt werden können. Relativ wenig Frauenpolitik sei aber bisher gemacht oder umgesetzt worden, was sie sehr bedauere. Trotz Frauenbüro fehle das politische Forum. Von daher sollte der Frauenausschuss versuchen, all die vorhandenen Konzepte und Schwerpunkte anzudiskutieren und umzusetzen. Der Wunsch nach sichtbaren Erfolgen bestehe. Frauenpolitik habe die Aufgabe, kommunalpolitische Entscheidungen aus der Sicht der Frauen und damit der Mehrheit der Bevölkerung zu beeinflussen, stellt Frau Hammer fest. Daher werde die CDU dem Antrag im Grundsatz auch zustimmen. Nicht nur Frauen

sollten diese Politik im Ausschuss vertreten, sondern auch Männer in ihren Fraktionen darüber diskutieren. Zu den Vertreterinnen der Verbände sollten die Fraktionen Vorschläge machen, über die dann zu diskutieren wäre. Wert lege man darauf, dass die Pluralität gewährleistet bleibe. Frau Hammer erinnert daran, dass die CDU es für besser gehalten hätte, den Frauenausschuß als Unterausschuß des Hauptausschusses zu etablieren. Damit wäre eine bessere politische Durchschlagskraft gewährleistet worden. Für dieses neue Gremium setze die CDU auf effiziente Arbeit mit entsprechenden Ergebnissen. Die Verwaltung sollte dazu Vorschläge machen, die dann im Hauptausschuß zu diskutieren wären.

Frau Fridrichs meldet Zweifel an, ob mit dem Antrag den Frauen und damit der Sache gedient ist. Die Frage sei, ob man Frauen einen Gefallen tue, wenn man sie in dieser Sonderrolle herausstelle und auch dem Gemeinwesen, das in immer mehr Gruppen aufgeteilt werde. Normal sei, dass die Entscheidungsfindung in den Gremien von Männern und Frauen, in enger Rückkoppelung auch zu den Verbänden, erfolgt. Dieser Ausschuß habe ihrer Meinung nach nur eine Alibi-Funktion. Auch befürchte man, dass der Entscheidungsprozeß in den Gremien noch schwieriger werden wird. Dies seien unter anderem Gründe, warum die F.D.P. den Frauenausschuß ablehne.

Nach weiteren Redebeiträgen von Frau Sturm, die den Antrag ablehnt, und von Herrn Dr. Petereit, der das Finanzargument und die möglichen personellen Konsequenzen eines solchen Ausschusses anspricht

- beschließt der Stadtrat mehrheitlich - bei 10 Gegenstimmen - den Antrag zur Bildung eines Frauenausschusses.

Mit der inhaltlichen und auch der kompletten organisatorischen Geschäftsführung des neuen Stadtratsausschusses wurde das Frauenbüro betraut. Die geforderte personelle Verstärkung für diese zusätzliche Aufgabe wurde nicht bewilligt.

Ebenso wenig erfolgte die Übertragung rein organisatorischer Aufgaben an das damalige Hauptamt. Den Vorsitz des Ausschusses nahm Oberbürgermeister Herman-Hartmut Weyel ein.

Der erste Ausschuss für Frauenfragen

Am 15. Dezember 1993 erfolgte im Stadtrat der Beschluss über die Besetzung des Ausschusses.

Entsprechend der damaligen Größe der Stadtratsausschüsse bestand auch der neue Ausschuss aus elf stimmberechtigten Mitgliedern.

Die ersten Ausschussmitglieder

für die SPD

- *Brigitte Blum-Kipphan*
- *Peter Germer*
- *Elisabeth Kilali*
- *Helga Wittkopf*
- *Veronika Wölfle*

für die CDU

- *Helga Hammer, MdL*
- *Peter Krawietz*
- *Rainer Laub*
- *Edith Nebe*

für DIE GRÜNEN

- *Ulrike Redel*

für die FDP

- *Dr. Astrid Böhme*

Durch die Fraktionen wurden kurze Zeit später Frauenprojekte und Frauenorganisationen benannt, die dem Ausschuss als beratende Mitglieder angehören sollten.

Aufgrund der eingereichten Vorschläge wurden 20 Fraueninitiativen und -verbände eingeladen, an der Arbeit des Ausschusses mitzuwirken.

Die vorgeschlagenen beratenden Mitglieder

- Arbeitskreis Frauen im Ausländerbeirat
- Deutscher Akademikerinnenbund
- Deutscher evangelischer Frauenbund, Kreisverband Mainz
- Deutscher Frauenring, Ortsring Mainz
- Deutscher Gewerkschaftsbund DGB
- Deutscher Hausfrauenbund
- Deutscher Landfrauenverband
- Evangelische Frauenhilfe, Dekanat Mainz
- FemMa e.V., Mädchenhaus Mainz
- Frauenhaus
- Frauenzentrum Mainz e.V.
- Gewerkschaft ÖTV (später ver.di)
- iaf-Verband binationaler Familien und Partnerschaften
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschland
- Katholischer Deutscher Frauenbund
- Mainzer Frauenforum
- pro familia Zentrum Mainz
- SOLWODI e.V.
- Trotz allem e.V. - Verein zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Frauen
- VAMV - Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Die konstituierende Sitzung

Am **13. Januar 1994** fand die erste Sitzung des Ausschusses für Frauenfragen unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Herman-Hartmut Weyel statt. Neben den elf stimmberechtigten Mitgliedern waren 17 der 20 vorgeschlagenen Initiativen und Verbände anwesend. Mit Ausnahme des Frauenforums wurden alle Vorschläge von den stimmberechtigten Mitgliedern akzeptiert, da die im Mainzer Frauenforum zusammengeschlossenen Projekte bereits einzeln vertreten waren.

Nach Auffassung vieler Ausschussmitglieder sollte nicht nur das Frauenbüro als geschäftsführende Stelle Themen in den Ausschuss einbringen.

Vereinbart wurde, dass alle Mitglieder an der Themenfindung und Themenwahl mitwirken und damit zum Gelingen der Ausschussarbeit beitragen sollten.

Vereinbart wurde ebenfalls, eine Zusammenstellung relevanter Themen auf der zweiten Sitzung des Frauenausschusses am 3. März 1994 vorzunehmen und diese Liste zur Grundlage der weiteren Arbeit zu machen.

Eine bereits drei Jahre zuvor von der Verwaltung erarbeitete Themenliste ging den Mitgliedern zu und sollte durch eigene Vorschläge erweitert werden.

Die weitere Arbeit 1994

Auf der Sitzung am 3. März 1994 verständigten sich die Mitglieder auf die Behandlung folgender Themen:

- Frauennachttaxi Lila Linie
- Situation ausländischer Mädchen und Frauen in Mainz
- Haushaltsansätze im frauenrelevanten Bereich 1994/1995
- Situation allein Erziehender
- Stadtentwicklung

Bis zur Kommunalwahl 1994 wurden noch zwei weitere Sitzungen des Ausschusses terminiert. Mit Ausnahme der Stadtentwicklung wurden alle Themen noch in der laufenden Wahlperiode behandelt.

Frauenanteil im Stadtrat in der Wahlperiode 1994 bis 1999

Frauenpolitisch gesehen, fand 1994 eine historische Wahl statt. Mit 43 Prozent lag der Frauenanteil im Rat so hoch wie nie zuvor. Erstmals gingen 24 der 60 Mandate an Frauen - die Repräsentanz in den Fraktionen war allerdings höchst unterschiedlich. Elf Rätinnen waren es bei der SPD, sieben bei der CDU, vier bei den Grünen, eine bei der FDP und eine bei den Reps.

Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 1994 bis 1999

Nach der Kommunalwahl 1994 gehörten dem Ausschuss an:

für die CDU - <i>Dr. Andrea Litzenburger</i> (Nachfolgerin: <i>Marianne Kunkel</i>) - <i>Dr. Hermann Meier</i> - <i>Dr. Christian Moerchel</i> (Nachfolgerin: <i>Susanne Tannenberger</i> , bzw. <i>Kerstin Traue-Ermlich</i>) - <i>Martina Sulanke</i> - <i>Ingeborg Zohlnhöfer</i>	für die SPD - <i>Brigitte Blum-Kipphan</i> - <i>Peter Germer</i> (Nachfolgerin: <i>Sabine Rast</i>) - <i>Elisabeth Kilali</i> - <i>Helga Wittkopf</i>
für Bündnis 90/DIE GRÜNEN - <i>Ulrike Rendel</i> (Nachfolgerin: <i>Bärbel Maul</i>)	für die FDP - <i>Dr. Astrid Böhme</i>

Keine Veränderungen gab es zunächst bei den beratenden Mitgliedern. Mit Beschluss vom 15. November 1995 wurde die Einrichtung *Wendepunkt* (damaliger Träger: Diakonisches Werk) als beratendes Mitglied neu aufgenommen. Der Ausschuss verständigte sich darauf, etwa viermal im Jahr zu tagen und bei Bedarf weitere Sitzungen einzuberufen.

In der Wahlperiode 1994 bis 1999 fanden einige gemeinsame Sitzungen zusammen mit dem Park- und Verkehrsausschuss, dem Sozialausschuss, dem Jugendhilfeausschuss und der AG Jugendhilfe und Sozialplanung statt.

Am 6. Mai 1997 leitete erstmals der neu gewählte Oberbürgermeister Jens Beutel eine Sitzung des Ausschusses für Frauenfragen.

Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1994 bis 1999

- Layenhof - frauenfreundliche Gemeinde-, Stadt- und Gewerbeplanung (Zielvorgaben für den städtebaulichen Wettbewerb; Beteiligung von Fachfrauen am Wettbewerbsgeschehen)
- Ausbildungsplatzvergabe bei der Stadt Mainz
- Beratungsstelle zur beruflichen Wiedereingliederung
- Nahverkehrsgesetz
- Nahverkehrsplanung
- Sonderauswertung der Verkehrserhebung
- Sprachkenntnisse in Mainzer Praxen und Kliniken
- Teilzeitarbeit in Leitungsfunktionen bei der Stadtverwaltung
- Frauenspezifisches Wohnen Martin-Luther-King-Park
- Koordinierungs- und Beratungsstelle für behinderte Frauen KOBRA
- Untersuchung des Beratungsstellenangebotes im Jugend- und Sozialbereich
- Agenda 21 und Lokale Agenda Mainz
- Leitbild der Stadt Mainz
- Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung (Präsentation verschiedener Maßnahmen)

Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1994 bis 1999

- Fortführung des Frauennachttaxis Lila Linie
- Weitere Beratungen über die Situation ausländischer Frauen und Mädchen in Mainz
- Haushaltssituation / Freiwillige Leistungen für Frauenprojekte
- Landesgleichstellungsgesetz
- Frauenförderplan der Stadt Mainz
- Rolle und Funktion der Gleichstellungsbeauftragten bei der Stadtverwaltung und in den Eigenbetrieben
- Benennung von Straßen und Plätzen nach weiblichen Persönlichkeiten

Die Mainzer Frauenprojekte erhielten kontinuierlich die Gelegenheit, ihre Arbeit im Ausschuss vorzustellen und die finanzielle Situation darzulegen. Diese Möglichkeit nutzten zum Beispiel der Notruf Mainz e.V., das Hilfsangebot

für wohnungslose Frauen Wendepunkt, das Frauenhaus Mainz, FemMa Mädchenhaus (mit allen Einrichtungen), die iaf - Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Zur Rolle der beratenden Mitglieder

Im Laufe der Wahlperiode 1994 bis 1999 stellte sich erneut das Problem, wie die beratenden Mitglieder im Ausschuss ihrem Beratungswillen tatsächlich Ausdruck verleihen können. Die Beschränkung auf das Rederecht wurde von vielen Organisationen als unbefriedigend empfunden.

In mehreren Ausschusssitzungen, zuletzt am 14. Juli 1998, wurde die Forderung nach einem gesonderten Stimmrecht erhoben. Alternativ wurde diskutiert, bei Abstimmungen auch ein Meinungsbild der beratenden Mitglieder einzuholen, um den Fraktionen den eigenen politischen Willen deutlich machen zu können.

Die rechtliche Prüfung durch die Verwaltung ergab erneut, dass den beratenden Mitgliedern kein Stimmrecht zukommen könne.

Um die Kompetenzen der beratenden Mitglieder konkreter zu fassen, bedürfte es eines Stadtratsbeschlusses.

Eine entsprechende politische Initiative wurde von den Fraktionen nicht ergriffen. Die Herstellung eines Meinungsbildes wurde von der Verwaltung als nicht vereinbar mit der Gemeindeordnung eingestuft.

Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 1999 bis 2004

Nach der Kommunalwahl 1999 gehörten dem Ausschuss an:

für die CDU

- *Marianne Kunkel*
- Dorothea Lehrmann
- *Jutta Lukas*
Nachfolgerin: *Claudia Siebner*)
- Dr. Hermann Meier
(Nachfolger: *Hubertus von Kluge*)
- *Christine Vollroth*

für die SPD

- *Angelika Brumby*
- *Gabriele Frank-Mantowski*
(Nachfolgerin: *Marita Eigenbrodt*)
- *Sabine Rast*
- *Helga Wittkopf*

für die FDP

- *Dr. Astrid Böhme*

für Bündnis 90/DIE GRÜNEN

- *Dr. Bärbel Maul*
(Nachfolgerin: *Katrin Eder*)

Die erste Sitzung in der neuen Wahlperiode fand am 7. September 1999 statt. Auch in dieser Wahlperiode gab es mehrere gemeinsame Sitzungen mit anderen städtischen Gremien, etwa zum Thema Untersuchung des Beratungsstellenangebotes oder zum Planungskonzept Zitadelle.

Im Jahr 2000 löste sich die Regionalgruppe des Deutschen Akademikerinnenbundes auf und schied damit aus dem Kreis der beratenden Mitglieder aus. Es verblieben 19 beratende Mitglieder. Der Sitzungsturnus von rund vier regulären Sitzungen im Jahr wurde beibehalten.

Die Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1999 bis 2004

- Erwerbssituation von Frauen in Mainz
- Qualifikationsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen
- Arbeit des Zwischenbetrieblichen Verbundes
- Fortschreibung des Frauenförderplans der Stadt Mainz
- Haushaltssituation der Frauenprojekte / Haushaltsberatungen
- Beratungsstellenuntersuchung (*mehrfach behandelt*)
- Nahverkehrsplanung (*mehrfach behandelt*)
- ÖPNV-Angebot in den Abend- und Nachtstunden
- Frauenförderung, Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in stadtnahen Unternehmen
- Gender Mainstreaming als Handlungsprinzip für die Stadt Mainz (*mehrfach behandelt*)
- girlsfirst.mainz.de - Internetportal zur Berufsfindung von Mädchen
- Gleichberechtigung als Querschnittsthema der Lokalen Agenda
- Halten auf Wunsch im ÖPNV-Nachtverkehr
- Gleichstellungsorientierte Mädchenarbeit
- Mainz als Untersuchungsort der TIFS-Studie zur Mädchenarbeit
- Mädchencafé Friedrich-Ebert-Schule
- Sicherheitstraining für Seniorinnen
- Regionalanalyse Frauen und Erwerbstätigkeit

Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 1999 bis 2004

- Anhörung des Stadtrates zu Gender Mainstreaming
- Mädchenwohngruppen im Mädchenhaus Mainz, FemMa e.V.
- 15 Jahre Frauenbüro
- Kampagne »Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen«
- Stellensituation Frauenbüro / Stellenstreichungen
- Frauenförderpläne und Überprüfungen
- Girls‘ Day in Mainz
- Gender Mainstreaming - Umsetzungsschritte für Mainz
- Beratungsstelle »Blickwechsel« - Angebote für Berufsrückkehrerinnen
- Kampagne »körper.kult.kontraste«
- Rheinland-Pfälzisches Interventionsprojekt RIGG
- Interventionsstelle Mainz - IST
- Aufnahme von Leistungsverhandlungen mit freien TrägerInnen im Jugend- und Sozialbereich
- Strukturanalyse Medienstandort Mainz
- Projekt TASTE for Girls
- Frauenspezifische Fortbildungen im städtischen Fortbildungsprogramm
- Arbeits-/Jahresberichte des Frauenbüros

Viele der Themen wurden wiederholt aufgerufen.

Wie in der Vergangenheit, so nutzten auch in der Wahlperiode 1999 bis 2004 einzelne Frauenprojekte, wie etwa SOLWODI e.V., die Gelegenheit, ihre Arbeit den Ausschussmitgliedern vorzustellen.

Hervorzuheben ist für die Wahlperiode 1999 bis 2004 die sehr erfolgreiche Behandlung des Themas Gender Mainstreaming.

Hierzu fasste der Ausschuss nicht nur am 2. Mai 2000 einen Grundsatzbeschluss, sondern es bildete sich - bestehend aus den frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen und dem Frauenbüro - auch eine Arbeitsgruppe, um weitergehende Maßnahmen vorzubereiten und Gremienbeschlüsse zu initiieren. Durch die parteiübergreifende Arbeit im Ausschuss für Frauenfragen gelang es, das Thema Gender Mainstreaming in der Stadt Mainz zu positionieren.

Frauenanteil im Stadtrat in der Wahlperiode 1999 bis 2004

Auch nach der Kommunalwahl 1999 gab es mehr als 40 Prozent Frauen im Mainzer Stadtrat; ihr Anteil lag im Laufe der Wahlperiode etwa wieder bei 43 Prozent, also dem Wert der vorangegangenen Wahlperiode. Unter den fünf Ratsparteien war auch eine frauenlose: die FDP.

Die Ausschussarbeit in der Wahlperiode 2004 bis 2009

Auch der Ausschuss für Frauenfragen gehörte nach den Kommunalwahlen zu den städtischen Ausschüssen, deren Mitgliederzahl von elf auf sieben reduziert wurde. Unverändert bei 19 blieb die Zahl der beratenden Mitglieder. Die konstituierende Sitzung des Ausschusses fand am 14. Oktober 2004 statt. Den Vorsitz übernahm erneut Oberbürgermeister Jens Beutel; die inhaltliche

und organisatorische Zuständigkeit verblieb beim Frauenbüro. 2005 und 2006 fanden je vier, 2007 und 2008 je drei Sitzungen statt, respektive die Sitzung des Ausschusses am 6. August 2008 wurde zum Workshop zur Erarbeitung von Grundlagen eines Gleichstellungsaktionsplanes für Mainz. Die letzte Sitzung vor der Neuwahl des Stadtrates fand am 3. März 2009 statt.

Als Mitglieder des Ausschusses wurden 2004 benannt:

für die CDU	für die SPD
- <i>Marianne Kunkel</i>	- <i>Sabine Rast</i> (bis 12/2006)
- <i>Klaus Hafner</i>	- <i>Elke Karrenberg</i>
- <i>Claudia Siebner</i>	(Nachfolgerin: <i>Christine Zimmer</i>)
für Bündnis 90/DIE GRÜNEN	für die FDP
- <i>Katrin Eder</i>	- <i>Kerstin Bub</i>

Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 2004 bis 2009

- Gender Mainstreaming und Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming des Ausschusses (*wiederholt aufgerufen*)
- Kampagne des Frauenbüros »körper.kult.kontraste.«
- Berufsorientierungsmaßnahme »Taste for girls« und die Umsetzung des Projektes in Mainz
- Leistungsverhandlungen mit freien Trägern von Beratungsstellen im Jugend- und Sozialbereich der Stadt Mainz
- Zehn Jahre Landesgleichstellungsgesetz (LGG)
- Integrierte Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen und Leistungsangebot des VAMV
- Frauenförderpläne der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe
- Girls' Day (*jährliches Thema*)
- Genderaspekte im Projekt Soziale Stadt
- Schwerpunkte der Berufs- und Bildungs-Beratungsstelle für Frauen »Blickwechsel«
- Zwanzig Jahre SOLWODI - Arbeitsschwerpunkte der Zweigstelle Mainz
- Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans
- Initiativen und Beratung bei Fällen von Stalking
- Geschlechtsspezifische Erscheinungsformen in der Kinder- und Jugendkriminalität in Mainz
- Umsetzung des Konzeptes »Gender MAINZstreaming«
- Wirtschaftliche Beteiligungen: Gleichstellung in stadtnahen Betrieben
- Mainzer Netzwerk »Frauen+Arbeit« / Präsentation Internetportal
- Plakataktion Mainzer Frauenorganisationen »Macht Frauen Politik«
- Angebote für Opfer von Zwangsprostitution / SOLWODI-Hotline zur Fußballweltmeisterschaft
- Konzeption des Mädchenhauses Mainz - FemMa e.V.
- Europäisches Jahr der Chancengleichheit 2007

Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 2004 bis 2009

- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bei der Agentur für Arbeit Mainz
- Weiterentwicklung des Rheinland-Pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG)
- Bericht zum Frauenförderplan 2004
- Überprüfung zu den Frauenförderplänen der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe (2006)
- Chancengleich 2007 - Betrachtungen zur Mädchenarbeit in Mainz
- Girls' Day 2007
- Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (*wiederholt aufgerufen*)
- Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen und Kinder - die Arbeit seit 1991
- Audit beruf+familie bei der Stadtverwaltung Mainz
- Ada-Lovelace-Projekt an der Universität Mainz
- Landeskampagne zur Erhöhung des Frauenanteils in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten
- 20 Jahre Frauenbüro und Jahresbericht 2007
- Wirtschaftliche Beteiligungen: Gleichstellung von Frau und Mann in stadtnahen Betrieben (*wiederholt aufgerufen*)
- Berufliche Perspektiven junger Frauen
- Bausteine eines Gleichstellungsaktionsplanes für Mainz
- Projekt Übergang Schule Beruf
- Neue Akzente in der Arbeit des Notrufs Mainz e.V.
- Arbeits/Jahresberichte des Frauenbüros

Frauenanteil im Stadtrat in der Wahlperiode 2004 bis 2009

Gerade einmal bei 28 Prozent lag der Frauenanteil im Rat nach der Wahl 2004. Das Ergebnis machte deutlich, dass die Partizipation von Frauen und ihre Repräsentanz in der Kommunalpolitik keine Selbstläufer sind, und einmal erzielte Werte keine Garantie für die Zukunft sind. Je sieben Frauen saßen für CDU und SPD im Rat, nur zwei bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Neu in den Rat gewählt wurde die ödp, vertreten durch Männer; im Laufe der Wahlperiode rückte eine Frau für die FDP nach.

Der Ausschuss in der Wahlperiode 2009 bis 2014

Nachdem die konstituierende Sitzung des Stadtrates bereits am 1. Juli 2009 stattfand, wurde über die Besetzung der Ausschüsse in der Sitzung am 26. August 2009 entschieden.

Auch in der neuen Wahlperiode gehörten dem Ausschuss für Frauenfragen sieben ordentliche Mitglieder an. Geändert hat sich aufgrund des Wahlergebnisses die Mandatsverteilung.

Dem Ausschuss gehörten an:

für die CDU

- Karin Trautwein
- Marianne Kunkel

für die SPD

- Dr. Johanna Becker
- Christine Zimmer

für Bündnis 90 /Die GRÜNEN

- Katrin Eder (bis 2011)
(Nachfolgerin: Sabine Littig)
- Katharina Binz

für die FDP

- Kerstin Bub

Beratende Mitglieder des Ausschusses in der Wahlperiode 2009 bis 2014

- Deutscher Evangelischer Frauenbund - Ortsverband Mainz e.V.
- Deutscher Frauenring e.V. - Ortsring Mainz (aufgelöst Ende 2009)
- Deutscher Hausfrauenbund - Ortsverband Mainz
- DGB Rheinhessen-Nahe
- Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V. - Dekanat Mainz
- Frauenzentrum Mainz e.V.
- iaf Mainz - Verband binationaler Familien und Partnerschaften
- Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)
- Mädchenhaus Mainz FemMa e.V.
- Pro Familia Zentrum Mainz
- Rheinhessischer Landfrauenverband e.V. - Kreis Mainz
- Seniorinnenbeirat
- Solwodi e.V.
- Sozialdienst Katholischer Frauen - Frauenhaus Mainz
- Trotz allem e.V. Verein zur Prävention von sexualisierter Gewalt an Frauen und Mädchen (aufgelöst April 2012)
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. - Landesverband Rheinland-Pfalz
- Wendepunkt - Haus für Frauen in Wohnungsnot
- Arbeitskreis Frauen im Beirat für Migration und Integration

Im Mai 2012 wurde der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen Mainz e.V., der bislang durch das Frauenzentrum Mainz repräsentiert wurde, selbst beratendes Mitglied des Ausschusses.

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses für Frauenfragen nach der Neuwahl des Stadtrates fand am 29. September 2009 statt, es folgte 2009 noch eine Sitzung am 24. November.

2010, 2011 und 2012 tagte das Gremium jeweils dreimal, 2013 zweimal. Bei der Sitzung am 24. Mai 2012 führte erstmals der neugewählte Oberbürgermeisters Michael Ebling den Vorsitz.

Themen der Sitzungen in der Wahlperiode 2009 bis 2014

- Bundesmodellprojekt »Perspektive Wiedereinstieg« (*mehrfach behandelt*)
- Frauenförderpläne und Überprüfungen Stadtverwaltung und Eigenbetriebe (*mehrfach behandelt*)
- Neubildung der AG Gender Mainstreaming
- 35 Jahre Frauenzentrum Mainz e.V.
- 1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern - Zahlen zu Mainz
- Landeskampagne »Frauen machen Kommunen stark« (*mehrfach behandelt*)
- Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen (*mehrfach behandelt*)
- Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Geschlechtergerechte Ausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Entwurf eines Gleichstellungsaktionsplans
- Frauenspezifische Aspekte in der Arbeit des Büros und des Beirats für Migration und Integration
- Gleichstellungsaktionsplan 2010 bis 2012 (*mehrfach behandelt*)
- Paritätische Besetzung von Gremien in Rheinland-Pfalz
- Wendepunkt - aktuelle Konzeption des Hauses für Frauen in Wohnungsnot
- Vertragsgestaltung der Stadtwerbung bezüglich sexistischer und frauenfeindlicher Werbung
- 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans (*mehrfach behandelt*)
- Projektvorstellung »Verschwiegene Gewalt« des Frauennotrufs Mainz
- pro familia Zentrum Mainz - Beratung zu Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft
- Wohngruppe für essgestörte Mädchen, Mädchenhaus Mainz
- Mentoringprogramm Rheinhessen für kommunalpolitisch interessierte Frauen
- Kommunaler Teil des Berichts der Landesregierung zum Landesgleichstellungsgesetz
- Absolventinentag zum Equal Pay Day
- Alltagserfahrung von Polizei und Interventionsstelle bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Studie zu Gewalt an Frauen mit Behinderungen
- Informationen zum Haushalt / Zuschüsse für Frauenorganisationen
- Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
- Armutsrisiko alleinerziehender Frauen
- Erster Gleichstellungsbericht des Bundes
- 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern: Zahlen zu Mainz
- Informationen zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes
- Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans
- Arbeits-/Jahresberichte des Frauenbüros / 25 Jahre Frauenbüro
- Frauenförderung in stadtnahen Betrieben
- Abschluss des Projektes des Frauennotrufs »Verschwiegene Gewalt«

Frauenanteil im Stadtrat in der Wahlperiode 2009 bis 2014

Die Kommunalwahl 2009 brachte den Frauen im Rat leichte Zugewinne. Ihr Anteil stieg auf 35 Prozent, 21 der 60 Mandate waren an Frauen gegangen. In der erstmals im Rat vertretenen zweiköpfigen Fraktion der Linken gab es echte Geschlechterparität, der Frauenanteil bei der SPD lag bei 43 Prozent, bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei 35 Prozent, bei CDU und FDP 33 Prozent.

Der neu gebildete Ausschuss in der Wahlperiode 2014 bis 2019

Mit Beginn der Wahlperiode werden dem Ausschuss 14 ordentliche Mitglieder angehören. Gewählt wurden:

für die CDU - Karin Trautwein - Marika Abada - Gudrun Hefner - Christa Weyer	für die SPD - Nora Egler - Christine Zimmer - Kristina Hennigson - Myriam Lauzi
für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Sabine Littig - Ute Wellstein - Caroline Blume	für die FDP - Kerstin Bub
für DIE LINKE - Waltraud Hingst	für die AfD/Freie Wähler - Heike Leidinger-Stenner

Folgende Organisationen werden in der Wahlperiode 2014 bis 2019 als beratende Mitglieder vertreten sein:

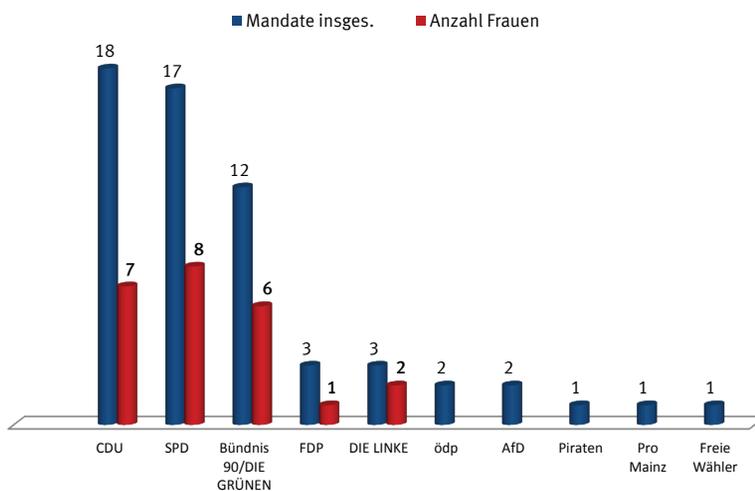
- DGB Frauen Rheinhessen-Nahe
- Deutscher Evangelischer Frauenbund - Ortsverband Mainz e.V.
- Deutscher Hausfrauenbund - DHB Netzwerk Haushalt - Ortsverband Mainz e.V.
- Evangelische Frauen im Dekanat Mainz
- Frauenzentrum Mainz e.V.
- Katholischer Deutscher Frauenbund
- Mädchenhaus Mainz - FemMa e.V.
- Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen Mainz e.V.
- pro familia Zentrum Mainz
- Sozialdienst katholischer Frauen - Frauenhaus Mainz
- SOLWODI e.V.
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter - Landesverband RLP
- Wendepunkt - Haus für Frauen in sozialen Notlagen

Noch nicht benannt wurden je eine Vertreterin für den Rhein Hessischen Land-FrauenVerband, den SeniorInnenbeirat und den Arbeitskreis Frauen im Beirat für Migration und Integration. Die Nachbenennung erfolgt nach deren Konstituierung, beziehungsweise nach der Wahl des Beirates für Migration und Integration im November 2014.

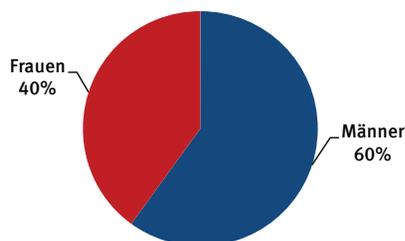
Frauenanteil im Stadtrat in der Wahlperiode 2014 bis 2019

Der Frauenanteil im Stadtrat liegt aktuell bei 40 Prozent. Höchst unterschiedlich sind aber die Anteile bei den zehn im Rat vertretenen Parteien/Listen. 66,7 Prozent sind es bei der LINKEN, 50 Prozent bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 47,1 Prozent bei der SPD, 38,9 Prozent bei der CDU, 33,3 Prozent bei der FDP. Für die ödp, AfD, Pro Mainz, Freie Wähler und die Piraten sitzt keine Frau im Rat.

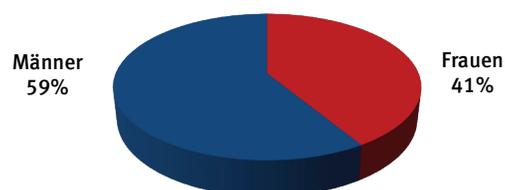
Frauen im Mainzer Stadtrat nach der Kommunalwahl



Frauen-/Männeranteil im Mainzer Stadtrat 2014



Geschlechterverhältnis in den Gremien (gesamt)





Landeshauptstadt
Mainz

Landeshauptstadt Mainz
Frauenbüro
Rathaus
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

veröffentlicht unter:
www.mainz.de/frauenbuero

Mainz, Juli 2014